

Protokoll 88. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 9. November 2011, 17.00 Uhr bis 20.08 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Joe A. Manser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Anwesend: 118 Mitglieder

Abwesend: Michael Baumer (FDP), Marlène Butz (SP), Monika Erfigen (SVP), Markus Hungerbühler (CVP), Bruno Sidler (SVP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Dr. Richard Wolff (AL)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2011/399](#) Eintritt von Andreas Hauri (GLP) anstelle der zurückgetretenen Dr. Zora Ledergerber (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2014
3. [2011/400](#) * Weisung vom 02.11.2011: VHB
Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan ZKB Hauptsitz, Zürich-Altstadt
4. [2011/387](#) * Postulat von Michèle Halser-Furrer (EVP) und Dr. Martin Mächler (EVP) vom 26.10.2011: VGU
E Erstellung von Lärmschutzwänden entlang der Ueberlandstrasse und der Winterthurerstrasse
5. [2011/388](#) * Postulat der FDP- und der SVP-Fraktion vom 26.10.2011: VSS
E Verbesserung der Kostendeckung der Hort- und Krippentarife
6. [2011/391](#) * Postulat von Martin Bürlimann (SVP) und Ruggero Tomezzoli (SVP) vom 26.10.2011: STP
E Mitteilung an die Stimmberechtigten betreffend der fristgerechten Rücksendung der Abstimmungsunterlagen
7. [2011/392](#) * Interpellation von Michèle Halser-Furrer (EVP) und 12 Mitunterzeichnenden vom 26.10.2011: VIB
** Gas- und Fernwärmeversorgung in Zürich-Nord, Versorgungsnetz und Tarifpolitik
8. [2009/157](#) Weisung vom 25.05.2011: STP
Postulat der FDP-Fraktion betreffend Effizienzverbesserung zwischen den Kommunikationsverantwortlichen in den Departementen, Bericht und Abschreibung

- | | | | | |
|-----|--------------------------|----|--|-----|
| 9. | 2011/217 | | Weisung vom 22.06.2011:
Präsidialdepartement Leitbild Kulturförderung 2012 bis 2015,
Kenntnisnahme | STP |
| 10. | 2011/389 | A | Postulat der Grüne-Fraktion vom 26.10.2011:
Unterwerk Selnau, Angliederung an die städtische Kultur-
abteilung | VIB |
| 11. | 2011/390 | ** | Postulat der Grüne-Fraktion vom 26.10.2011:
Verwendung eines Anteils der zur Verfügung stehenden freien
Mittel für die Kulturförderung | - |
| 12. | 2011/226 | | Weisung vom 29.06.2011:
Jazz Verein Moods, Jahresbeiträge 2012 bis 2015 | STP |
| 13. | 2011/227 | | Weisung vom 29.06.2011:
Stiftung Mühlerama, Jahresbeiträge 2012 bis 2015 | STP |
| 14. | 2011/228 | | Weisung vom 29.06.2011:
Schweizerisches Institut für Kinder- und Jugendmedien,
Jahresbeiträge 2012 bis 2015 | STP |
| 15. | 2011/229 | | Weisung vom 29.06.2011:
Forum Alte Musik Zürich, Beitrag 2012 bis 2015 | STP |
| 16. | 2011/230 | | Weisung vom 29.06.2011:
Verein Theater Stadelhofen, Jahresbeiträge 2012 bis 2015 | STP |
| 17. | 2011/231 | | Weisung vom 29.06.2011:
Zürcher Sängerknaben, Beitrag 2012 bis 2015 | STP |
| 18. | 2011/244 | | Weisung vom 06.07.2011:
Filmclub XENIX, Beitrag 2012 bis 2015 | STP |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Der Ratspräsident Joe A. Manser (SP) teilt mit, dass die Grüne-Fraktion das Postulat GR-Nr. 2011/389 (Top 10) zurückzieht.

1927. 2011/407

**Postulat der SP-, Grüne-, CVP- und der AL-Fraktion sowie 4 Mitunterzeichnenden vom 02.11.2011:
Realisierung eines Ersatzneubaus für den Spiel- und Aufenthaltscontainer auf dem Areal des Kinderhauses Entlisberg**

Dr. Davy Graf (SP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 16. November 2011 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1928. 2011/412
Erklärung der FDP-Fraktion vom 09.11.2011:
Verkehrsführung am Rosengarten

Namens der FDP-Fraktion verliest Roger Tognella (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Die Stadt Zürich missachtet den Volkswillen

Seit einer Woche liegt die Planaufgabe zur neuen Verkehrsführung am Rosengarten auf. Die FDP ist erstaunt, dass die Stadt Zürich sich über den Volkswillen hinwegsetzt. Im November 2010 hat das Zürcher Stimmvolk klar Nein gesagt zum Rosengartentram ohne Lösung für den Individualverkehr. Die Aussage im heutigen Tages-Anzeiger, wonach die zwei Zebrastreifen mit Lichtsignalen die Leistungsfähigkeit der stark befahrenen Verkehrsachse nicht schmälern, widerspricht diametral der Aussage von Heiko Ciceri von der Dienstabteilung für Verkehr vor wenigen Tagen. Er räumte klar ein, dass der Verkehr zwar auf der Hardbrücke fliesse, der Verkehr sich aber nach wie vor im Schöneichtunnel rund 10 Minuten stauet. Wir gehen davon aus, dass mit der Verkehrsachse die Strecke vom Schöneichtunnel bis zum Hardplatz gemeint ist. Die als provisorische Massnahme während der Bauphase aufgestellten Verkehrsampeln bei den Einfahrten zur Rosengartenstrasse blieben entgegen der Ankündigung bestehen. Die FDP reicht daher ein Postulat zur Entfernung dieser Ampeln ein.

Die neue Verkehrsführung ist pure Salamtaktik. Mit solchen verkehrslenkenden Massnahmen wird das Problem am Rosengarten nicht gelöst und der Schleichverkehr weiterhin in die angrenzenden Quartiere geführt. Das Vorgehen der Stadt widerspricht dem Entscheid der Zürcher Stimmbewölkerung, welche eine solche Taktik mit über 70% Nein abgelehnt hatte. Diesen Volksentscheid muss der Stadtrat respektieren und endlich zusammen mit dem Kanton das überfällige Gesamtverkehrskonzept vorantreiben. Darauf wartet die Bevölkerung nun schon seit bald 40 Jahren. Ein solches Gesamtverkehrskonzept kann nicht mit ein paar Verkehrsampeln oder Fussgängerübergängen über diese Stadtautobahn gelöst werden. 70'000 Autos verschwinden nicht einfach, sondern gehören in einem Waidhaldetunnel unter dem Boden geführt – erst dann wird aus der Rosengartenstrasse endlich wieder ein quartierverträgliche Stadtstrasse und ist keine Autobahn mehr. Die FDP fordert den Stadtrat und insbesondere die grüne Tiefbauvorsteherin Ruth Genner auf, endlich mit dem Kanton konstruktiv zusammenzuarbeiten und eine echte Verkehrslösung statt Pflasterlipolitik zu präsentieren.

G e s c h ä f t e

1929. 2011/399
Eintritt von Andreas Hauri (GLP) anstelle der zurückgetretenen Dr. Zora Ledergerber (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2014

In Anwendung von § 108 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) hat der Stadtrat mit Beschluss vom 2. November 2011 anstelle von Dr. Zora Ledergerber (GLP 3) mit Wirkung ab 3. November 2011 für den Rest der Amtsdauer 2010 bis 2014 als gewählt erklärt:

Andreas Hauri (GLP 3), eidg. dipl. Marketingleiter, geboren am 13. Oktober 1966, von Reitnau/AG, Letzigraben 11, 8003 Zürich

1930. 2011/400
Weisung vom 02.11.2011:
Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan ZKB Hauptsitz, Zürich-Altstadt

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss des Büros vom 7. November 2011

1931. 2011/387

Postulat von Michèle Halser-Furrer (EVP) und Dr. Martin Mächler (EVP) vom 26.10.2011:

Erstellung von Lärmschutzwänden entlang der Ueberlandstrasse und der Winterthurerstrasse

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der SVP-Fraktion stellt Bruno Amacker (SVP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1932. 2011/388

Postulat der FDP- und der SVP-Fraktion vom 26.10.2011:

Verbesserung der Kostendeckung der Hort- und Krippentarife

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der AL-Fraktion stellt Alecs Recher (AL) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1933. 2011/391

Postulat von Martin Bürlimann (SVP) und Ruggero Tomezzoli (SVP) vom 26.10.2011:

Mitteilung an die Stimmberechtigten betreffend der fristgerechten Rücksendung der Abstimmungsunterlagen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1934. 2011/392

Interpellation von Michèle Halser-Furrer (EVP) und 12 Mitunterzeichnenden vom 26.10.2011:

Gas- und Fernwärmeversorgung in Zürich-Nord, Versorgungsnetz und Tarifpolitik

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Michèle Halser-Furrer (EVP) vom 2. November 2011 (vergleiche Protokoll-Nr. 1894/2011)

Die Dringlicherklärung wird von 81 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1935. 2009/157

Weisung vom 25.05.2011:

Postulat der FDP-Fraktion betreffend Effizienzverbesserung zwischen den Kommunikationsverantwortlichen in den Departementen, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Effizienzverbesserung zwischen den Kommunikationsverantwortlichen in den Departementen wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2009/157, der FDP-Fraktion vom 6. Mai 2009 betreffend Effizienzverbesserung zwischen den Kommunikationsverantwortlichen in den Departementen wird als erledigt abgeschlossen.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Änderungsantrag zu Ziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

1. Vom Bericht betreffend Effizienzverbesserung zwischen den Kommunikationsverantwortlichen in den Departementen wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit: Marc Hohl (FDP), Referent; Präsidentin Claudia Simon (FDP), Vizepräsident Mark Richli (SP), Isabel Garcia (GLP), Christina Hug (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)

Minderheit: Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Marina Garzotto (SVP), Dr. Thomas Monn (SVP)

Abwesend: Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 26 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Marc Hohl (FDP), Referent; Präsidentin Claudia Simon (FDP), Vizepräsident Mark Richli (SP), Isabel Garcia (GLP), Christina Hug (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)

Minderheit: Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Marina Garzotto (SVP), Dr. Thomas Monn (SVP)

Abwesend: Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 26 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Effizienzverbesserung zwischen den Kommunikationsverantwortlichen in den Departementen wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2009/157, der FDP-Fraktion vom 6. Mai 2009 betreffend Effizienzverbesserung zwischen den Kommunikationsverantwortlichen in den Departementen wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 16. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1936. 2011/413

Erklärung der SP-Fraktion vom 09.11.2011: Städtische Kulturförderung, Leitbild 2012–2015

Namens der SP-Fraktion verliest Mark Richli (SP) folgende Fraktionserklärung:

Beständigkeit zahlt sich aus

Mit dem vorliegenden Kulturleitbild schreibt der Stadtrat seine erfolgreiche Kulturpolitik der letzten Jahre einerseits fort, setzt andererseits jedoch auch ein paar wichtige neue Akzente. Die Grundlagen zum Kulturleitbild wurden sehr sorgfältig erarbeitet. Auch die Bevölkerung und die Kulturschaffenden konnten sich im Rahmen zweier öffentlicher Veranstaltungen in diesen Prozess einbringen.

Die Kulturausgaben der Stadt sollen wie bisher 1 bis 1.5 % des Gesamtaufwands betragen. Das ist aus der Sicht der SP-Fraktion eigentlich ein zu geringer Anteil, der sich aber im derzeitigen finanzpolitischen Umfeld kaum steigern lassen wird. Der Netto-Anstieg der Kulturausgaben ist für die Periode 2012–2015 mit 3 % wesentlich geringer als in der Periode 2008–2011, als er 10.4 % betrug.

Der neue Schwerpunkt Tanz wird von der SP begrüsst. Der Tanz hatte in Zürich bislang einen eher geringen Stellenwert. Er soll nun sowohl bei der Spitzenförderung wie auch bei der Vermittlung an Kinder und Jugendliche grössere Unterstützung erfahren. Hier wäre zudem eine weitergehende Förderung im schulischen Umfeld erwünscht. Die Volksschule und die städtische Musikschule Konservatorium Zürich offerieren auf diesem Gebiet bislang erst punktuelle Angebote. Im Widerspruch zu diesem Schwerpunkt steht auch, dass die Verwirklichung der Mittleren Bühne des Theaterhauses Gessnerallee, die hauptsächlich dem Tanz hätte zugute kommen sollen, aus finanziellen Gründen auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben wurde und im aktuellen Kulturleitbild nicht einmal mehr erwähnt wird.

Positiv gewertet werden kann die Erhöhung der freien Mittel für Förderkredite. Diese kommen v. a. der jungen Kulturszene zugute, insbesondere in den Sparten Jazz/Rock/Pop und Bildende Kunst. In diesem Zusammenhang ist auch die geplante Verbesserung der räumlichen Produktionsbedingungen zu sehen. Gerade junge, noch nicht arrivierte Künstlerinnen und Künstler haben oft grösste Schwierigkeiten, zu bezahlbaren Atelierräumen zu kommen. Die von der Stadt zur Verfügung gestellten oder vermittelten Zwischennutzungen und eine transparentere Atelierpolitik sind ein erster Schritt in die richtige Richtung, dürften aber bei weitem noch nicht ausreichen.

Für die SP-Fraktion bleibt es aber mehr als bloss ein Wermutstropfen, dass der Stadtrat weiterhin nicht bereit ist, Hand zu einem Migrationsmuseum zu bieten. Ebenso ist es ein offenes Geheimnis, dass wir das Kinderkulturhaus gerne verwirklicht gesehen hätten.

Die Leuchttürme der Zürcher Kultur sind für die Stadt von grosser Bedeutung. Daher steht die SP hinter der weiteren, teilweise verstärkten Unterstützung der grossen Kulturinstitute, hinter den Investitionen in Grossprojekte in diesem Bereich (Kunsthaus und Kunsthalle), hinter der Bewerbung für Manifesta 2016 im Rahmen von 100 Jahre Dada und auch hinter dem Engagement für Zürich als Zentrum des Films in der Schweiz.

Zürich ist die wichtigste Kulturstadt der Schweiz und strahlt damit weit über die Landesgrenzen hinaus. Das soll und muss auch in den kommenden Jahren so bleiben. Die SP nimmt daher insgesamt mit Befriedigung vom Kulturleitbild 2012–2015 Kenntnis und unterstützt alle konkreten Subventionsvorlagen in diesem Zusammenhang.

1937. 2011/414**Erklärung der SVP-Fraktion vom 09.11.2011:
Städtische Kulturförderung, Leitbild 2012–2015**

Namens der SVP-Fraktion verliest Roger Liebi (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Kulturförderung in der Stadt Zürich – Wenn Geld und Wirtschaftslage keine Rolle spielen

In ihren Ausführungen zum Kulturleitbild schreibt die Stadtpräsidentin voller Stolz, dass die Anzahl der Beschäftigten in der sogenannten Kultur- und Kreativwirtschaft zwischen 2005 und 2008 fast doppelt so stark zugenommen hat wie in der Gesamtwirtschaft.

Kein Wunder, profitiert eine überwiegende Zahl dieser Personen entweder von staatlichen Aufträgen oder Subventionen. Sie werden also von jenen bezahlt, die in der Privatwirtschaft in den letzten Jahren grossem Druck ausgesetzt waren und besonders jetzt den eigenen Gürtel deutlich enger schnallen müssen. Die Geisteshaltung der Kulturförderung lässt sich ausserordentlich gut bei den Kriterien zur Unterstützung bei den Theaterkrediten ablesen, wo es heisst, dass Projekte mit hohem Eigenwirtschaftlichkeitspotential nicht unterstützt werden. Das ist nichts anderes als eine unverhohlene Aufforderung, um Gotteswillen nicht eigenwirtschaftlich zu sein. Man soll ja nichts produzieren, was einer zu grossen Anzahl von Bürgern dieser Stadt gefallen könnte. Dies ist unverständlich.

Diese Haltung passt durchaus zu den mikroskopisch kleinen Auslastungskennzahlen einiger Institute im Theater- und Musikbereich. Wie müssen sich die im Leitbild mit keinem Wort erwähnten Volksbühnen und Orchestern, die es in verschiedenen Quartieren der Stadt zum Glück noch gibt, fühlen, denen es mit viel persönlichem Aufwand, bei Verzicht auf Gage etc. gelingt, Kultur für die Bevölkerung und nicht für sich selber zu vermitteln.

Geradezu ein Hohn ist es, wenn sowohl im Leitbild wie auch in den jeweiligen Weisungen, oftmals die Eigenwirtschaftlichkeit gelobt wird. Dabei werden dort die städtischen Subventionen ganz selbstverständlich als Innenfinanzierung angesehen. Die Stadtpräsidentin führt aus, dass Kultur ein wichtiger Bestandteil unserer Stadt sein muss. Abgesehen davon, dass die SVP der Ansicht ist, dass es in der Geschichte der Stadt Zürich wohl noch nie einen so eindimensional ausgerichteten Präsidenten bzw. Präsidentin der Regierung gegeben hat, an der die Finanzkrise, der Stellenabbau im für Zürich so wichtigen Finanzplatz und damit zwangsläufig im Gewerbe, die Probleme der Jugendgewalt und des Hooliganismus schlicht links vorbeigehen, sind auch wir der Meinung, dass Kultur ein Bestandteil einer modernen Stadt sein muss und dass Kultur nicht in jedem Falle selbsttragend sein kann.

Wir haben unsere Haltung an dieser Stelle mehrfach dargelegt. Die SVP hat aber auch darauf hingewiesen, dass sie Kulturförderung nach dem Giesskannenprinzip und dem Unwirtschaftlichkeitskriterium nicht unterstützt kann, insbesondere weil die Subventionen jährlich steigen. Der Begriff Kultur wird von der Stadtpräsidentin und ihren Gremien darüber hinaus bedauerlicherweise auch noch selber definiert, denn die für die Schweiz und die Schweizer durchaus wichtige volkstümliche Kultur bleibt vollkommen unerwähnt.

Seit 2000 bis und mit 2015 sollen gemäss dem vorliegenden Leitbild die Kulturförderungsausgaben um 67 Millionen Franken oder über 150% steigen. Das starke Ansteigen der Kosten kann mit der Inflation sicher nicht erklärt werden. Der wirtschaftlichen Entwicklung der Gesamtwirtschaft, wie sie in ihrer negativen Form im jüngsten Finanzplan des Stadtrates beschrieben wird, wird einmal mehr in keiner Weise Rechnung getragen. Liest man das Leitbild auch zwischen den Zeilen, wie das Pflicht für alle Vorlagen des Stadtrates ist, wird man merken, dass die Stadt Zürich in den kommenden Jahren unter dem Titel „Sozial verantwortungsvolle Kulturförderung“ (Seite 110) den Kulturtopf weiter massiv erhöhen wird. Geld und wirtschaftliche Lage spielen für diese Regierung und die anderen Parteien offenbar immer noch keine Rolle.

Aus all diesen Gründen nötigt der Stadtrat die SVP auch in diesem Jahr, das Kulturleitbild ablehnen zu müssen, bzw. ablehnend zur Kenntnis nehmen zu müssen.

1938. 2011/415**Erklärung der FDP-Fraktion vom 09.11.2011:
Städtische Kulturförderung, Leitbild 2012–2015**

Namens der FDP-Fraktion verliest Marc Hohl (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Internationales Renommee erhalten

Die FDP war 2003 massgeblich an der Forderung beteiligt, mit einem Leitbild die bis anhin unübersichtliche Kulturförderung transparent und nachvollziehbar erstmals zu veröffentlichen. Nun liegt uns bereits das dritte Kulturleitbild vor. Der neue Kulturchef der Stadt Zürich war in verdankenswerter Weise darauf bedacht, dass die Weisungen einheitlicher, übersichtlicher und detaillierter daher kommen als in der Vergangenheit, was die Kommissions- und Fraktionsarbeit angesichts der zahlreichen Vorlagen erheblich erleichtert.

Die FDP ist nach wie vor stolz auf das zürcherische Kulturleben, das von Theater, E-Musik, Jazz, Literatur, bildende Kunst, Museen bis zum Tanz und Film reicht. Diese kulturelle Vielfalt wird ermöglicht durch Eigeninitiative der Kulturschaffenden, durch private Sponsoren, durch finanzielle Mittel von Bund und Kanton und nicht zuletzt durch die Stadt, beziehungsweise durch ihre Steuerzahlenden.

Das vielfältige Kulturangebot ist ein wichtiger Standortfaktor für unsere Stadt. Viele Stadtzürcher Kulturinstitutionen haben ein internationales Renommee. Auch in wirtschaftlich schwierigen und unsicheren Zeiten gilt es dieses zu erhalten. Hingegen muss sorgfältig geprüft werden, ob und wie es angesichts der städtischen Finanzlage verantwortbar ist, einzelne Sparten auszubauen. Oder ob es nicht sinnvoller ist, Bewährtes – das kann im klassischen, aber auch im modernen, unkonventionellen Bereich sein – einfach einmal zu konsolidieren. Deshalb wird die FDP Weisungen von Kulturinstitutionen, welche mit den bisherigen Mitteln weiterfahren, sicher unterstützen. Bei Erhöhung ist bei der FDP nicht in erster Linie der Betrag massgebend, sondern der Grund der Erhöhung und die Eigenleistung der Kulturschaffenden. Hingegen werden wir nach wie vor Institutionen, welche bewusst auf Einnahmen durch Sponsoring verzichten, keine Erhöhung gewähren und gegebenenfalls die ganze Weisung ablehnen.

Die FDP steht dahinter, dass die Stadt Zürich mit 1 -1,5 Prozent des Gesamtbudgets das breite Zürcher Kulturangebot unterstützt. Im Moment bewegen wir uns mit 1,26 Prozent bei über 80 Prozent des Maximalbetrags.

Deshalb können wir schon heute versichern, dass wir keinen allfälligen zusätzlichen von Links-Grün geforderten Erhöhungen zustimmen werden. Wir fordern auch Links-Grün auf, sich nach der Decke zu strecken. Auf der andern Seite überrascht und betrübt uns aber, dass die SVP sich offenbar definitiv aus der Kulturpolitik verabschiedet hat. Wir sind gespannt darauf, wie die Partei ihren Wählerinnen und Wählern erklärt, dass sie das Johanna Spyri-Archiv im SIKJM nicht weiter unterstützt. Und ebenso wenig das Mühlerama, das Kindern alte Berufstraditionen veranschaulicht oder das Forum Alte Musik, welches traditionelle alte Volksmusik pflegt.

Die FDP freut sich auf eine spannende, konstruktive Kulturdebatte.

1939. 2011/416

Erklärung der Grüne-Fraktion vom 09.11.2011: Städtische Kulturförderung, Leitbild 2012–2015

Namens der Grüne-Fraktion verliest Christina Hug (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Kultur ist mehr als ein Standortfaktor

Alles in allem begrüsst die Grüne Fraktion das Kulturleitbild in der vorliegenden neuen Form: Das ansprechend gestaltete Buch ermöglicht, die einzelnen Weisungen zur Unterstützung verschiedener kultureller Institutionen in einen kultur- und gesellschaftspolitischen Gesamtzusammenhang zu stellen und formuliert strategische Ziele und Schwerpunkte.

Wir Grüne bekennen uns zu einer Kulturpolitik, die etablierte und konservative, aber auch progressive und alternative Kultur achtet und fördert. Ginge es nach uns, dürfte Letzterem allerdings noch etwas mehr Nachachtung verschafft werden. Denn Kulturförderung ist zwar durchaus Standortfaktor – und dieser Tatsache trägt das Leitbild Rechnung – doch Kultur muss eben auch als ein Ort der Irritation, des Experimentierens, der gesellschaftlichen Bewegung verstanden und in diesem Sinne gefördert werden.

Dieser Auffassung von Kultur entsprechen am ehesten jene zwei Schwerpunkte des Leitbildes, die wir Grüne denn auch mit der grössten Freude zur Kenntnis nehmen: Die Erhöhung der freien Kredite sowie die Bestrebung, die räumlichen Produktionsbedingungen für Kulturschaffende zu verbessern. Wir hoffen, dass dies gelingen wird, zumal preisgünstige Proberäume und Werkstätten für eine lebendige Kulturszene zwingend, in der Stadt aber spärlich gesät sind.

Genauso wichtig wie das Finden und Zugänglichmachen von Produktionsräumen durch die Stadt – etwa mittels Ermöglichung von Zwischennutzungen wie beim AMAG-Areal – ist dabei aber auch, dass sich Kulturschaffende und -veranstalter selber Nischen suchen und erschliessen können. Zum Beispiel in besetzten Häusern, Kellerateliers oder unkommerziellen Klubs – ohne dabei über Gebühr in Formalitäten verwickelt zu werden. Damit neue Kultur und neue Kulturformen entstehen und sich entwickeln können, braucht es nicht nur Mittel zur Förderung, sondern eben auch, und unbedingt, Freiraum.

Als klares Bekenntnis zur Jugendkultur und zur Förderung junger und jugendlicher NachwuchskünstlerInnen und -veranstalterInnen ist unser Begleitpostulat zu verstehen – denn ein solches fehlt unserer Meinung nach in diesem Kulturleitbild.

Auch warten wir noch immer – und nach der Aufgabe der ursprünglichen Pläne für ein Kinderkulturhaus umso mehr – auf die Umsetzung einer umfassenden Plattform für Kinder- und Jugendkultur.

1940. 2011/417**Erklärung der GLP-Fraktion vom 09.11.2011:
Städtische Kulturförderung, Leitbild 2012–2015**

Namens der GLP-Fraktion verliest Isabel Garcia (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Bunt, vernetzt, bezahlbar

Die grünliberale Fraktion anerkennt die Wichtigkeit und Richtigkeit der städtischen Kulturförderung.

Aus Sicht der Grünliberalen stehen im Kulturbereich drei Leitmotive im Zentrum: Ein möglichst bunter Kulturmix, der Beitrag des städtischen Kulturlebens zu Bildung, Lebensqualität und Standortattraktivität sowie ein massvolles finanzielles Engagement der öffentlichen Hand.

1. Ein bunter Kulturmix, ohne Bevormundung und Bevorzugung: Die Förderung einer möglichst breiten Palette von Kulturangeboten ist für die GLP gerade aus liberaler Perspektive ein Muss. Einzelne Sparten oder Institutionen sollen nicht einseitig bevorzugt werden, sondern den Kulturinteressierten ein vielfältiges Spektrum von Angeboten zur Verfügung stehen. Von populärer Massenkultur, über unkonventionelle und experimentelle Aktivitäten bis hin zu klassischen und etablierten Kulturangeboten – alle Stil- und Geschmacksrichtungen sollen in der Stadt Zürich ihren Platz haben. Mit einer gewissen Sorge sehen die Grünliberalen allerdings den hohen Anteil von über 60% des Kulturbudgets, der durch die drei grossen Institutionen Schauspielhaus, Tonhalle und Kunsthaus beansprucht wird und tendenziell zu einer Unausgewogenheit führt.
2. Ein lebendiges Kulturleben fördert Erkenntnisgewinn, Allgemeinbildung, Lebensqualität und Standortattraktivität: Öffentliche Investitionen in kulturelle Aktivitäten und Institutionen nützen nicht nur der Kultur als solcher und/oder den Kulturschaffenden, sondern lösen über die Vernetzung der Kulturbranche mit anderen Lebensbereichen eine positive Dynamik aus. Kultur liefert wichtige Impulse und führt dadurch zu Erkenntnisgewinn, sie fördert die Allgemeinbildung. Weiter hat sie einen positiven Einfluss auf die Lebensqualität und die Standortattraktivität der Stadt Zürich.
3. Eine von Augenmass geprägte Finanzierung der Kulturförderung: Die finanziellen Ressourcen der Stadt sind begrenzt, und so können auch im Kulturbereich nicht alle an sich sympathischen Begehren, Projekte und Institutionen auch tatsächlich unterstützt werden. Auch ist es unrealistisch, wenn eine Stadt der Grösse Zürichs den Anspruch hat, in verschiedenen Sparten Kulturinstitutionen von Weltruf zu unterhalten. Angesichts der unsicheren wirtschaftlichen Grosswetterlage steht die GLP einer Erhöhung des Gesamtbetrags oder des prozentualen Anteils der Kulturausgaben skeptisch gegenüber. Ausserdem sind die Grünliberalen überzeugt, dass in einigen Bereichen die Anstrengungen zur Generierung von Drittmitteln und zur Nutzung von Synergien noch nicht ausgeschöpft sind.

Das dem Gemeinderat vom Stadtrat unterbreitete Kulturleitbild, das Ziele, Schwerpunkte, Instrumente und Kriterien städtischer Kulturförderung zusammen fasst, enthält im Wesentlichen die von den Grünliberalen skizzierten Leitmotive. Deshalb werden die Grünliberalen das Kulturleitbild auch zustimmend zur Kenntnis nehmen. Trotzdem werden wir uns die Freiheit nehmen, jede einzelne Kulturvorlage – ob in diesem oder den nächsten Jahren präsentiert – genau zu analysieren sowie auf Sinn und Zweck hin zu prüfen und unsere Position jeweils individuell festzulegen.

1941. 2011/418**Erklärung der CVP-Fraktion vom 09.11.2011:
Städtische Kulturförderung, Leitbild 2012–2015**

Namens der CVP-Fraktion verliest Jean-Claude Virchaux (CVP) folgende Fraktionserklärung:

Fraktionserklärung zum Kulturleitbild 2012 – 2015

Die Fraktion der CVP nimmt Kenntnis vom Kulturleitbild der Stadt Zürich für die Jahre 2012 - 2015.

Die Kultur spielt für den Ruf der Stadt Zürich unbestrittenermassen eine wichtige Rolle. Kultur wirkt auch inspirierend. Nicht ohne Grund finden verschiedenste Bereiche der Kreativwirtschaft in unserer Stadt einen fruchtbaren Boden und tragen zu einem vielfältigen Leben bei.

Für die Fraktion der CVP ist es zweifellos berechtigt, dass sich Zürich seine Kultur etwas kosten lässt. So gut diese Gründe sind, sie dürfen aus unserer Sicht aber nicht dazu verführen, den Zürcher Kulturgarten mit der Giesskanne zu bewässern. Lebt es sich zu einfach am städtischen Finanztropf, könnte aus einem blühenden Kultur-Garten irgendwann ein wild wuchernder Dschungel werden.

Ein haushälterischer Umgang mit den finanziellen Ressourcen unserer Stadt ist für die CVP ein stetes Gebot. Nicht nur die Kultur, sondern zum Beispiel auch Investitionen in ein ausgezeichnetes Bildungssystem sind dafür ausschlaggebend, dass Zürich weiterhin weltweit eine der attraktivsten Städte bleibt. Die im Kul-

turleitbild angestrebte Höhe von 1 bis 1,5 Prozent des städtischen Gesamthaushaltes für Kulturausgaben ist für die CVP die absolute Obergrenze. Das vorliegende Kulturleitbild zeigt umfassend und transparent die vorgesehenen Massnahmen auf und trägt damit massgeblich zur Akzeptanz des Kulturschaffens in der Stadt Zürich bei. Im Weiteren erleichtert das Kulturleitbild die Planungsarbeit der einzelnen Institute. Die CVP hat die zusammen mit dem Kulturleitbild vorgelegten Beitrags-Weisungen zu den einzelnen Instituten differenziert betrachtet und ist mit gewissen Ausnahmen bereit, den vorgeschlagenen Erhöhungen der Beiträge an die Institute zuzustimmen. Die CVP ist überzeugt, dass sich auch mit moderaten Einschränkungen ein vielfältiges kulturelles Angebot verwirklichen lässt, auf das unsere Stadt mit Recht stolz sein kann und das jede Besucherin und jedem Besucher unserer schönen Limmatstadt viel zu bieten hat.

1942. 2011/217**Weisung vom 22.06.2011:****Präsidialdepartement Leitbild Kulturförderung 2012 bis 2015, Kenntnisnahme**

Antrag des Stadtrats

Vom Leitbild der städtischen Kulturförderung für die Jahre 2012 bis 2015 wird Kenntnis genommen.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Änderungsantrag

Alecs Recher (AL) beantragt namens der AL-Fraktion folgende Änderung zum Dispositiv des Stadtrats:

Vom Leitbild der städtischen Kulturförderung für die Jahre 2012 bis 2015 mit Ausnahme des Beitrages an das Zurich Film Festival wird Kenntnis genommen.

Ratspräsident Joe A. Manser (SP) stellt fest, dass der Änderungsantrag der AL-Fraktion gemäss Art. 37^{bis} GeschO GR nicht zulässig ist und somit nicht zur Abstimmung kommt.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Vom Leitbild der städtischen Kulturförderung für die Jahre 2012 bis 2015 wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Präsidentin Claudia Simon (FDP), Referentin; Vizepräsident Mark Richli (SP), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Christina Hug (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Michael Schmid (FDP) i.V. von Marc Hohl (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)
Minderheit:	Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Marina Garzotto (SVP), Dr. Thomas Monn (SVP)
Enthaltung:	Isabel Garcia (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 27 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Präsidentin Claudia Simon (FDP), Referentin; Vizepräsident Mark Richli (SP), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Christina Hug (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Michael Schmid (FDP) i.V. von Marc Hohl (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)
Minderheit:	Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Marina Garzotto (SVP), Dr. Thomas Monn (SVP)
Enthaltung:	Isabel Garcia (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 24 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Vom Leitbild der städtischen Kulturförderung für die Jahre 2012 bis 2015 wird Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 16. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung

1943. 2011/390**Postulat der Grüne-Fraktion vom 26.10.2011:****Verwendung eines Anteils der zur Verfügung stehenden freien Mittel für die Kulturförderung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Christina Hug (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1869/2011).

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Postulat wird mit 71 gegen 45 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1944. 2011/226**Weisung vom 29.06.2011:****Jazz Verein Moods, Jahresbeiträge 2012 bis 2015**

Antrag des Stadtrats

1. Der Jahresbeitrag an den Jazz Verein Moods wird auf der Höhe der bisherigen Grundlagen fortgeführt und für die Jahre 2012 bis 2015 auf Fr. 824 669.– festgesetzt (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten).
2. Der Beitrag wird auf Beginn jeden Jahres nach Massgabe des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise der bis dann eingetretenen Teuerung angepasst.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Lucia Tozzi (SP), Referentin; Präsidentin Claudia Simon (FDP), Vizepräsident Mark Richli (SP), Isabel Garcia (GLP), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Christina Hug (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Michael Schmid (FDP) i.V. von Marc Hohl (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)
 Minderheit: Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Marina Garzotto (SVP), Dr. Thomas Monn (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 22 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Jahresbeitrag an den Jazz Verein Moods wird auf der Höhe der bisherigen Grundlagen fortgeführt und für die Jahre 2012 bis 2015 auf Fr. 824 669.– festgesetzt (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten).
2. Der Beitrag wird auf Beginn jeden Jahres nach Massgabe des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise der bis dann eingetretenen Teuerung angepasst.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 16. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 15. Dezember 2011)

1945. 2011/227

Weisung vom 29.06.2011:

Stiftung Mühlerama, Jahresbeiträge 2012 bis 2015

Antrag des Stadtrats

1. Der Jahresbeitrag an die Stiftung Mühlerama wird auf der Höhe der bisherigen Grundlagen fortgeführt und für die Jahre 2012 bis 2015 auf Fr. 113 687.– festgesetzt (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten).
2. Der Beitrag wird auf Beginn jeden Jahres nach Massgabe des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise der bis dann eingetretenen Teuerung angepasst.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

- Mehrheit: Jean-Claude Virchaux (CVP), Referent; Präsidentin Claudia Simon (FDP), Vizepräsident Mark Richli (SP), Isabel Garcia (GLP), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Christina Hug (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Michael Schmid (FDP) i.V. von Marc Hohl (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Lucia Tozzi (SP)
- Minderheit: Dr. Thomas Monn (SVP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Marina Garzotto (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 22 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Jahresbeitrag an die Stiftung Mühlerama wird auf der Höhe der bisherigen Grundlagen fortgeführt und für die Jahre 2012 bis 2015 auf Fr. 113 687.– festgesetzt (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindexes der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten).
2. Der Beitrag wird auf Beginn jeden Jahres nach Massgabe des Zürcher Städteindexes der Konsumentenpreise der bis dann eingetretenen Teuerung angepasst.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 16. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 15. Dezember 2011)

1946. 2011/228

Weisung vom 29.06.2011:

Schweizerisches Institut für Kinder- und Jugendmedien, Jahresbeiträge 2012 bis 2015

Antrag des Stadtrats

1. Der Jahresbeitrag an das Schweizerische Institut für Kinder- und Jugendmedien (SIKJM) wird auf der Höhe der bisherigen Grundlagen fortgeführt und für die Jahre 2012 bis 2015 auf Fr. 71 562.– festgesetzt (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindexes der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten).
2. Der Beitrag wird auf Beginn jeden Jahres nach Massgabe des Zürcher Städteindexes der Konsumentenpreise der bis dann eingetretenen Teuerung angepasst.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

- Mehrheit: Isabel Garcia (GLP), Referentin; Präsidentin Claudia Simon (FDP), Vizepräsident Mark Richli (SP), Christina Hug (Grüne), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Michael Schmid (FDP) i.V. von Marc Hohl (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)
- Minderheit: Marina Garzotto (SVP), Referentin; Ruth Anhorn (SVP), Dr. Thomas Monn (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Jahresbeitrag an das Schweizerische Institut für Kinder- und Jugendmedien (SIKJM) wird auf der Höhe der bisherigen Grundlagen fortgeführt und für die Jahre 2012 bis 2015 auf Fr. 71 562.– festgesetzt (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten).
2. Der Beitrag wird auf Beginn jeden Jahres nach Massgabe des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise der bis dann eingetretenen Teuerung angepasst.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 16. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 15. Dezember 2011)

1947. 2011/229

Weisung vom 29.06.2011:

Forum Alte Musik Zürich, Jahresbeiträge 2012 bis 2015

Antrag des Stadtrats

1. Der Jahresbeitrag an das Forum Alte Musik Zürich wird auf der Höhe der bisherigen Grundlagen fortgeführt und für die Jahre 2012 bis 2015 auf Fr. 134 482.– festgesetzt (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten).
2. Der Beitrag wird auf Beginn jeden Jahres nach Massgabe des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise der bis dann eingetretenen Teuerung angepasst.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Vizepräsident Mark Richli (SP), Referent; Präsidentin Claudia Simon (FDP), Isabel Garcia (GLP), Christina Hug (Grüne), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Michael Schmid (FDP) i.V. von Marc Hohl (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)
Minderheit:	Marina Garzotto (SVP), Referentin; Ruth Anhorn (SVP), Dr. Thomas Monn (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 22 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Jahresbeitrag an das Forum Alte Musik Zürich wird auf der Höhe der bisherigen Grundlagen fortgeführt und für die Jahre 2012 bis 2015 auf Fr. 134 482.– festgesetzt (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten).
2. Der Beitrag wird auf Beginn jeden Jahres nach Massgabe des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise der bis dann eingetretenen Teuerung angepasst.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 16. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 15. Dezember 2011)

1948. 2011/230**Weisung vom 29.07.2011:****Verein Theater Stadelhofen, Jahresbeiträge 2012 bis 2015**

Antrag des Stadtrats

1. Der Jahresbeitrag an den Verein Theater Stadelhofen wird auf der Höhe der bisherigen Grundlagen fortgeführt und für die Jahre 2012 bis 2015 auf Fr. 404 805.– festgesetzt (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten).
2. Der Beitrag wird auf Beginn jeden Jahres nach Massgabe des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise der bis dann eingetretenen Teuerung angepasst.
3. Die Übernahme der jährlichen Mietkosten für das Theater Stadelhofen in der Höhe von Fr. 142 944.–, die der Abteilung Kultur vom HBD verrechnet werden, wird bewilligt.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Christina Hug (Grüne), Referentin; Präsidentin Claudia Simon (FDP), Vizepräsident Mark Richli (SP), Isabel Garcia (GLP), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Michael Schmid (FDP) i.V. von Marc Hohl (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)
Minderheit:	Dr. Thomas Monn (SVP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Marina Garzotto (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 24 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Jahresbeitrag an den Verein Theater Stadelhofen wird auf der Höhe der bisherigen Grundlagen fortgeführt und für die Jahre 2012 bis 2015 auf Fr. 404 805.– festgesetzt (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten).
2. Der Beitrag wird auf Beginn jeden Jahres nach Massgabe des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise der bis dann eingetretenen Teuerung angepasst.
3. Die Übernahme der jährlichen Mietkosten für das Theater Stadelhofen in der Höhe von Fr. 142 944.–, die der Abteilung Kultur vom HBD verrechnet werden, wird bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 16. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 15. Dezember 2011)

1949. 2011/231**Weisung vom 29.06.2011:
Zürcher Sängerknaben, Beitrag 2012 bis 2015**

Antrag des Stadtrats

1. Der Jahresbeitrag an die Zürcher Sängerknaben wird auf der Höhe der bisherigen Grundlagen fortgeführt und für die Jahre 2012 bis 2015 auf Fr. 104 030.– festgesetzt (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten).
2. Der Beitrag wird auf Beginn jeden Jahres nach Massgabe des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise der bis dann eingetretenen Teuerung angepasst.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Änderungsantrag

Ruth Anhorn (SVP) beantragt namens der SVP-Fraktion die Streichung der Dispositivziffer 2.

Der Rat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion mit 90 gegen 22 Stimmen ab.

Schlussabstimmung

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Präsidentin Claudia Simon (FDP), Referentin; Vizepräsident Mark Richli (SP), Isabel Garcia (GLP), Marc Hohl (FDP), Christina Hug (Grüne), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)

Enthaltung: Ruth Anhorn (SVP), Marina Garzotto (SVP), Dr. Thomas Monn (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 87 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Jahresbeitrag an die Zürcher Sängerknaben wird auf der Höhe der bisherigen Grundlagen fortgeführt und für die Jahre 2012 bis 2015 auf Fr. 104 030.– festgesetzt (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten).
2. Der Beitrag wird auf Beginn jeden Jahres nach Massgabe des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise der bis dann eingetretenen Teuerung angepasst.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 16. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 15. Dezember 2011)

1950. 2011/244**Weisung vom 06.07.2011:
Filmclub XENIX, Beitrag 2012 bis 2015**

Antrag des Stadtrats

1. Der Jahresbeitrag an den Filmclub XENIX wird auf der Höhe der bisherigen Grundlagen fortgeführt und für die Jahre 2012 bis 2015 auf Fr. 134 482.– festgesetzt (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindexes der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten).
2. Der Beitrag wird jährlich in drei Raten per Ende Januar, Ende März und Ende September ausbezahlt.
3. Der Beitrag wird auf Beginn jeden Jahres nach Massgabe des Zürcher Städteindexes der Konsumentenpreise der bis dann eingetretenen Teuerung angepasst.
4. Die Übernahme der Mietkosten für das Kino XENIX in der Höhe von Fr. 75 600.–, die der Abteilung Kultur vom HBD verrechnet werden, wird bewilligt.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Referentin; Präsidentin Claudia Simon (FDP), Vizepräsident Mark Richli (SP), Isabel Garcia (GLP), Christina Hug (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Michael Schmid (FDP) i.V. von Marc Hohl (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)
Minderheit:	Marina Garzotto (SVP), Referentin; Ruth Anhorn (SVP), Dr. Thomas Monn (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 24 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Jahresbeitrag an den Filmclub XENIX wird auf der Höhe der bisherigen Grundlagen fortgeführt und für die Jahre 2012 bis 2015 auf Fr. 134 482.– festgesetzt (entsprechend dem Stand des Zürcher Städteindexes der Konsumentenpreise per 1. Januar 2011 von 103,9 Punkten).
2. Der Beitrag wird jährlich in drei Raten per Ende Januar, Ende März und Ende September ausbezahlt.
3. Der Beitrag wird auf Beginn jeden Jahres nach Massgabe des Zürcher Städteindexes der Konsumentenpreise der bis dann eingetretenen Teuerung angepasst.
4. Die Übernahme der Mietkosten für das Kino XENIX in der Höhe von Fr. 75 600.–, die der Abteilung Kultur vom HBD verrechnet werden, wird bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 16. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 15. Dezember 2011)

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1951. 2011/419

Motion von Dr. Urs Egger (FDP) und Marc Hohl (FDP) vom 09.11.2011: Zentralisierung der Kommunikationsaufwendungen über die Informationsbeauftragte unter Reduktion von Kommunikationsstellen

Von Dr. Urs Egger (FDP) und Marc Hohl (FDP) ist am 9. November 2011 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, wie die Kommunikationsaufwendungen der Stadtverwaltung über die Informationsbeauftragte zentralisiert werden können unter nachhaltiger Reduktion von Kommunikationsstellen in den folgenden Dienstabteilungen: Stab StP 0.5, Stapo 1.0, SRZ 1.0, GUD DS 0.8, Stadtspital Triemli 0.4, UGZ 1.0, TED DS 0.6, ERZ 1.5, GSZ 1.0, HBD DS 2.0, AfS 0.8, ewz 2.0, VBZ 1.0, Wasserversorgung 0.5, SSD DS 0.9, Schulamt 0.3, SD ZV 1.0, SEB 0.2, SOD, 1.95.

Begründung:

Wie in der Weisung 2009/157 vom Stadtrat dargelegt wird, umfasste die städtische Kommunikation Ende 2010 85 Stellen. Gemäss dieser Weisung werden bereits heute viele Aufgaben der Kommunikation durch die Informationsbeauftragte des Stadtrates für die Departemente wahrgenommen. Viele der beschriebenen Aufgaben von Kommunikationsverantwortlichen in den Departementen und Dienstabteilungen können zentral wahrgenommen werden. So kann z.B. die Pflege der Homepage von einer zentralen Stelle aus abgedeckt werden. Departementssekretariate können ihre Kommunikationsaufgaben mit je maximal einer Stelle erfüllen. Es ist klar, dass z.B. beim Polizeidepartement ein grösserer Bedarf an aktueller Information der Bevölkerung besteht als bei andern Departementen.

Wichtig ist die Zusammenarbeit zwischen zentraler Aufgabenerfüllung und deren Unterstützung für die Departemente. Der Stadtrat soll daher die Aufgaben der zentralen Informationsbeauftragtenstelle des Stadtrates und deren Zusammenarbeit mit andern Stellen näher umschreiben. Viele in der erwähnten Weisung aufgeführten Aufgaben wie z.B. Bevölkerungskommunikation oder politische Kommunikation betreffen die gesamte Stadt und sollen daher von einer für die gesamte Stadtverwaltung tätigen Stelle betreut werden. Interne Kommunikation und Informationen über spezifische Dienstleistungen der jeweiligen Dienstabteilungen verbleiben bei diesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1952. 2011/420

Postulat der FDP-Fraktion vom 09.11.2011: Signalisation an der Rosengartenstrasse, Herstellung des ursprünglichen Zustandes

Von der FDP-Fraktion ist am 9. November 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, die Signalisation an der Rosengartenstrasse in den ursprünglichen Zustand zurückzuführen und insbesondere die provisorischen Lichtsignalanlagen zurückzubauen.

Begründung:

Die Hardbrücke wurde erfolgreich saniert. Damit besteht keine Notwendigkeit mehr für die provisorische Signalisation an der Rosengartenstrasse. Im Sinne einer Verflüssigung des Verkehrs auf der Rosengartenstrasse, der Nordstrasse, am Bucheggplatz und im Schöneichtunnel und einer spürbaren Entlastung der angrenzenden Quartiere vor Ausweich- und Schleichverkehr ist der ursprüngliche Zustand wiederherzustellen, bis dass zusammen mit dem Kanton ein Gesamtkonzept für die Rosengartenstrasse erarbeitet werden konnte.

Mitteilung an den Stadtrat

1953. 2011/421**Postulat von Jürg Amman (Grüne) und Dr. Ueli Nagel (Grüne) vom 09.11.2011:
Konzept für die Schaffung eines Seniorenrats in der Stadt Zürich**

Von Jürg Amman (Grüne) und Dr. Ueli Nagel (Grüne) ist am 9. November 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Partizipation der älteren Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich am politischen Geschehen und bei der Gestaltung der Lebensräume gefördert werden kann. Gewünscht wird ein Konzept für die Schaffung eines SeniorInnenrats der Stadt Zürich, in dem Vertreterinnen und Vertreter von politischen Parteien, aber auch von Fachstellen für Altersfragen und Einzelpersonen im AHV-Alter Einsitz nehmen können und dem für politische Entscheide eine beratende Funktion zugestanden wird. Der Aufbau des SeniorInnenrats kann an die Erfahrung des GUD mit dem „Altersnetzwerk“ anknüpfen, wegen der departementsübergreifenden Funktion ist jedoch eine Anbindung an das Präsidialdepartement wünschenswert.

Begründung:

In der Stadt Zürich lebten Ende 2009 mehr als 60'000 Menschen, die älter als 65 Jahre waren, davon 40'000 65 – 79-jährige, also noch im besten Alter der 3. Generation Stehende. Auch ältere Menschen wollen an politischen Entscheiden, die ihre Wohn- und Lebenssituation, die medizinische Versorgung, die Sicherheit im öffentlichen Raum betreffen, beteiligt sein, und zwar nicht erst an der Urne, sondern bereits dann, wenn etwas geplant wird. Nicht für jede Seniorin oder jeden Senior scheint die aktive Mitgliedschaft in einer Partei das geeignete Forum zu bieten, und auch in Ratsgremien sind bereits junge Alte eine eher seltene Spezies – und wer die Siebzig überschritten hat, ist in Ratssälen in der Regel höchstens noch als interessierter Zuhörer anzutreffen.

Es gibt bereits in verschiedenen Schweizer Städten Seniorenräte, und 2001 wurde der „Schweizerische Seniorenrat SSR“ ins Leben gerufen. Der „Seniorenrat Zürich SRZ“ wurde von der Pro Senectute initiiert und „strebt eine Vernetzung der Altersorganisationen in Stadt und Kanton Zürich an“ (Zitat Homepage). Er ist zwar ein wichtiger Partner des GUD, kann aber nicht als offizielles beratendes Gremium der Stadt dienen.

Es würde einer Stadt wie Zürich gut anstehen, den alten, älteren und betagten Mitmenschen politisch zu einer tragfähigeren Stimme zu verhelfen. Seniorinnen und Senioren sind nicht nur Steuerzahler, Zusatzleistungsbezügler, Spitexkunden und polymorbide Heimpatienten, sondern vor allem auch Menschen mit wichtigen Lebenserfahrungen und damit oftmals kompetente RatgeberInnen, die es von der Zuschauertribüne wegzuholen und ins politische Leben einzubeziehen gilt.

Mitteilung an den Stadtrat

1954. 2011/422**Postulat von Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) und Michèle Halser-Furrer (EVP)
vom 09.11.2011:
Ausbau von ungebundenen Tagesschulen mit freiwilliger Teilnahme an der Mittagsbetreuung**

Von Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) und Michèle Halser-Furrer (EVP) ist am 9. November 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, den Ausbau von ungebundenen Tagesschulen mit freiwilliger Teilnahme an der Mittagsbetreuung wie z.B. „Schülerclubs“ sukzessive voranzutreiben.

Begründung:

Trotz massivem Ausbau von Hortplätzen deckt das Angebot die Nachfrage noch bei weitem nicht. Dies ist klar darin begründet, dass die Kosten für den Ausbau von Hortplätzen enorm hoch sind. Der zusätzliche Raumbedarf sowie der hohe Personalaufwand sind entscheidende Kostentreiber und müssen sorgfältig geprüft werden.

Tagesschulen wie z.B. Schülerclubs haben den Vorteil, dass sowohl die Schulräume wie auch das Schulpersonal in einem Gesamtkonzept für den Unterricht sowie für die Betreuung mit einbezogen werden können. Aufgabenhilfe sowie freiwilliger Schulsport oder Instrumentalunterricht ergänzen das Unterrichtsangebot und geben den Kindern eine Tagesstruktur und den Eltern eine Tagesbetreuung. Schul- und Hortpersonal arbeiten Hand in Hand und bilden eine starke Einheit.

Im Unterschied zu gebundenen Tagesschulen, haben die Schülerclubs den Vorteil, dass die Eltern wählen

können, ob ihre Kinder das Mittagsangebot nutzen oder über Mittag zu Hause essen sollen. Durch den Ausbau von ungebundenen Tagesschulen kann der Bedarf an Hortplätzen rasch und kostengünstig erweitert werden, insbesondere für die Mittagsbetreuung.

Mitteilung an den Stadtrat

1955. 2011/423

Postulat von Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) und Dr. Martin Mächler (EVP) vom 09.11.2011:

Auswahl des umweltschonendsten Fahrzeugmodells bei Neu- bzw. Ersatzanschaffungen von Dienstfahrzeugen

Von Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) und Dr. Martin Mächler (EVP) ist am 9. November 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, sämtliche Dienstabteilungen der Stadt zu verpflichten, bei Neu-, resp. Ersatzanschaffungen von Dienstfahrzeugen das zum Zeitpunkt der Anschaffung umweltschonendste Fahrzeugmodell auszuwählen, welches den Anforderungen des jeweiligen Einsatzzwecks entspricht.

Begründung:

Die Stadt Zürich unterhält eine grössere Flotte an Dienstfahrzeugen. Mit einer konsequenten Umstellung auf umweltfreundliche Fahrzeuge wie sie z.B. im VCS unter der Rubrik Auto-Umweltliste in der Kategorie A empfohlen werden, würde sie einen weiteren Beitrag leisten für eine umwelt- und somit menschenfreundlichere, sowie lärm- und emissionsärmere Stadt Zürich.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion und die vier Postulate werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

1956. 2011/424

Dringliche Schriftliche Anfrage von Matthias Probst (Grüne) und 42 Mitunterzeichnenden vom 09.11.2011:

Strategie und rechtliche Grundlagen zur Bewirtschaftung der Plakatstellen auf öffentlichem und privatem Grund

Von Matthias Probst (Grüne) und 42 Mitunterzeichnenden ist am 9. November 2011 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Begründung:

National wie international hat die Stadt Zürich eine sehr hohe Dichte an Werbeplakaten. Mit Abschluss der letzten Plakatverträge mit den beiden Unternehmen APG und Clear Channel wurden die Werbeflächen auf öffentlichem Grund zusätzlich um 15% erhöht. Heute besitzt die Stadt Zürich auf öffentlichem Grund rund 2200 Plakatstellen. Hinzu kommen rund 6000 Stellen auf Privatgrund, die vom öffentlichen Grund aus sichtbar sind. Mit Plakaten auf öffentlichem Grund verdient die Stadt 2,2 Millionen Franken jährlich. Die Verträge sind nicht öffentlich einsehbar. Für die Plakatstellen auf Privatgrund erhält die Stadt nichts, obwohl diese Plakate ihren Wert einzig und alleine dadurch generieren, dass sie vom öffentlichen Grund aus sichtbar sind (horizontale Luftsäule). Einmal erteilte Bewilligungen für Plakatstellen auf Privatgrund kann die Stadt nicht mehr entziehen, auch wenn sich die raumplanerischen und gestalterischen Anforderungen verändert haben. Im Hinblick auf die Neuausschreibung der Plakatverträge bitten die Unterzeichnenden den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist Aussenwerbung Teil der mittel- und langfristigen Stadtplanung? Wie sieht der Stadtrat die Situation von Aussenwerbung in zwanzig Jahren?
2. Verfügt die Stadt Zürich über ein Inventar der Plakatstellen auf Privatgrund? Wenn ja, kann dieses offengelegt werden? Wenn nein, gedenkt der Stadtrat eines zu erstellen?
3. Könnte sich der Stadtrat vorstellen, eine Gesetzesänderung herbeizuführen, die es erlaubt, nach einer angemessenen Frist einmal erteilte Bewilligungen für Plakatwerbung auf Privatgrund erneut zu prüfen?

4. Weshalb ist die Nutzung der horizontalen Luftsäule für Plakatwerbung auf Privatgrund kostenlos?
5. Wie sieht der Stadtrat die Möglichkeit, für Plakatstellen auf Privatgrund, die vom öffentlichen Grund aus sichtbar sind, eine Abgabe in Form einer Benützungsgebühr zu verlangen? Welche rechtlichen Grundlagen müssten dafür geschaffen werden? Wie lange würde es dauern, bis eine solche Abgabe eingeführt werden kann?
6. Warum wurden die Plakatverträge nicht offengelegt, obwohl es sich um eine öffentliche Ausschreibung handelte? Gedenkt der Stadtrat sie offenzulegen, bevor eine Neuausschreibung stattfindet?
7. Ist der Stadtrat der Ansicht, dass die Höhe der Einnahmen aus den Plakatverträgen (inklusive Gegengeschäften wie Kulturplakatierung) marktüblich ist?
8. Könnte sich der Stadtrat vorstellen, auf kommerzielle Plakate auf öffentlichem Grund zu verzichten?
9. Könnte sich der Stadtrat vorstellen, Kulturplakate selber zu bewirtschaften?
10. Könnte sich der Stadtrat vorstellen, Zürich als werbefreie Stadt zu positionieren?

Mitteilung an den Stadtrat

1957. 2011/425

**Schriftliche Anfrage von Roland Scheck (SVP) und Martin Bürlimann (SVP) vom 09.11.2011:
Öffentliche Planaufgabe im Zusammenhang mit den geplanten Massnahmen auf der Rosengarten- und Bucheggstrasse**

Von Roland Scheck (SVP) und Martin Bürlimann (SVP) ist am 9. November 2011 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadt Zürich plant auf der Rosengarten- und der Bucheggstrasse (den mit bis zu 70'000 Fahrzeugen pro Tag wichtigsten und meistbefahrenen Staatsstrassen auf dem Gebiet der Stadt), im Abschnitt Wipkingerplatz bis Langackerstrasse, einen Spurabbau und die Errichtung dreier Lichtsignalgesteuerter Fussgängerstreifen mit Schutzinseln. Zusätzlich ist eine Busbevorzugung an den neuen Lichtsignalen geplant.

Die geplanten Massnahmen haben zum Ziel, den motorisierten Individualverkehr künstlich zu stauen und den Verkehrsfluss mittels einer Dosieranlage zusätzlich einzuschränken. Nebst erhöhtem CO₂-Ausstoss entsteht durch den Zeitverlust den Verkehrsteilnehmern grosser volkswirtschaftlicher Schaden.

Nun ist das Projekt gemäss Artikel 13 des Strassengesetzes (722.1) zur Mitwirkung der Bevölkerung öffentlich aufgelegt und im Amtsblatt publiziert worden.

Nebst den erwähnten verkehrsplanerischen Fragwürdigkeiten haben die aufgelegten Pläne formelle Mängel, denn sie entsprechen nicht den Tatsachen. Der geplante Spurabbau ist nicht eingezeichnet. Der IST-Zustand (5 Spuren) wird unterschlagen, indem nur der Zukunftsstatus (4 Spuren) ohne Hinweis auf den status quo dargestellt ist (Auflagenplan Nr. 08-097-413, gemäss Art. 13 StrG, Rosengarten-/Bucheggstrasse, Wipkingerplatz bis Langackerstrasse). Gleiches gilt für den im Amtsblatt publizierten Projektbeschreibung: der Abbau von einer Fahrspur wird unterschlagen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Aus welchem Grund wird der geplante Spurabbau im Rahmen der öffentlichen Planaufgabe unterschlagen?
2. Wird das Tiefbauamt der Stadt Zürich die Projektausschreibung und die Planaufgabe sistieren, den Projektbeschreibung und die Pläne zu korrigieren und das Projekt unter Einhaltung der gesetzlich vorgegebenen Fristen neu aufzulegen?
3. Wie hoch belaufen sich die Kostenschätzungen respektive der Kostenvoranschlag für die gesamten Projektkosten (inklusive aller aufgelaufenen Kosten für Planung, Bau und Öffentlichkeitsarbeit) dargestellt in Form einer Vollkostenrechnung, inklusive aller Kosten für die involvierten staatlichen Stellen, für dieses nach Art. 13 StrG aufgelegte Projekt?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n**1958. 2011/140****Weisung vom 20.04.2011:
Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan ZKB Hauptsitz, Zürich-Altstadt**

Der Stadtrat zieht die Weisung zurück.

1959. 2011/389**Postulat der Grüne-Fraktion vom 26.10.2011:
Unterwerk Selnau, Angliederung an die städtische Kulturabteilung**

Die Grüne-Fraktion zieht das Postulat zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

1960. 2011/301**Schriftliche Anfrage von Hans Jörg Käppeli (SP) vom 13.07.2011:
Bau des Emil Spillmann-Wegs, Realisierung im Jahr 2011**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1289 vom 26. Oktober 2011).

1961. 2010/173**SK GUD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Zora Ledergerber (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2012**

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 7. November 2011):

Andreas Hauri (GLP)

Mitteilung an den Stadtrat und den Gewählten

1962. 2010/173**SK GUD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Alexander Jäger (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2012**

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 7. November 2011):

Tamara Lauber (FDP)

Mitteilung an den Stadtrat und die Gewählte

1963. 2010/174**SK HBD/SE, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Beatrice Reimann (SP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2012**

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 7. November 2011):

Patrick Hadi Huber (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und den Gewählten

1964. 2010/148**Weisung 494 vom 07.04.2010:****Tiefbauamt, Baulinienrevisionen im Quartier Affoltern, Kreis 11, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung im Zusammenhang mit der Neufestsetzung des Kommunalen Verkehrsplans der Stadt Zürich und an die Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung**

Gegen den Gemeinderatsbeschluss Nr. 1823 vom 5. Oktober 2011 haben folgende 42 Ratsmitglieder (Quorum = 42 Ratsmitglieder gemäss Art. 12 Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung) das Behördenreferendum ergriffen:

Bruno Amacker (SVP), Ruth Anhorn (SVP), Roger Bartholdi (SVP), Michael Baumer (FDP), Dr. Guido Bergmaier (SVP), Marc Bourgeois (FDP), Martin Bürlimann (SVP), Sven Oliver Dogwiler (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Monika Erfigen (SVP), Urs Fehr (SVP), Marina Garzotto (SVP), Joachim Hagger (FDP), Margrit Haller (SVP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Theo Hauri (SVP), Marc Hohl (FDP), Markus Hungerbühler (CVP), Kurt Hüssy (SVP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Alexander Jäger (FDP), Alain Kessler (FDP), Tamara Lauber (FDP), Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Daniel Meier (CVP), Dr. Thomas Monn (SVP), Severin Pflüger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Heinz Schatt (SVP), Roland Scheck (SVP), Hedy Schlatter (SVP), Michael Schmid (FDP), Urs Schmid (FDP), Thomas Schwendener (SVP), Claudia Simon (FDP), Heinz F. Steger (FDP), Roger Tognella (FDP), Christian Traber (CVP), Mauro Tuena (SVP), Ursula Uttinger (FDP), Urs Weiss (SVP).

Mitteilung an den Stadtrat

Nächste Sitzung: 16. November 2011, 17 Uhr.